

Funding Trends: Sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRGR) und Familienplanung (FP)

EU

- 2024: Rückgang der Finanzierung für SRG/FP und SRGR durch europäische Geber
- Mehr EU-Länder kürzen ihre Ausgaben für SRG/FP als diese zu erhöhen
- SRGR erhält nur einen kleinen Teil der ODA

Deutschland

- 2024: Rückgang bei SRG/FP Ausgaben, gleichbleibende Ausgaben bei SRGR
- 0,3% ODA SRG/FP und 1% ODA in SRGR

In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit fordert die DSW:

Haushaltstitel: 687 01-023

Beitrag für UNFPA erhöhen

- 28,35 Mio. Euro sind im Haushalt 2026 eingestellt, eine Kürzung von 6,65 Millionen Euro (zum Vergleich: 35 Mio. Euro in 2025 und noch 42,5 Mio. Euro in 2024).

Mit deutschen Mitteln wurde in 2024 unter anderem folgendes erreicht:

- 659.900 unbeabsichtigte Schwangerschaften verhindert.
- 525.600 Frauen und Jugendliche wurden mit Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) erreicht.
- 10.500 Mädchen wurden vor Genitalverstümmelung geschützt.

Haushaltstitel: 687 01-023

UNFPA Supplies auf 2,5 Mio. Euro erhöhen

- UNFPA Supplies befindet sich im Titel "Funds in Trust" unter der Linie "14. Zweckgebundene Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere international Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen."
- Für 2027 sind rund 1 Mio. Euro vorgesehen (unter Vorbehalt)

Im Jahr 2024 ermöglichte UNFPA-Supplies unter anderem:

- Vermeidung von 10 Mio. unbeabsichtigten Schwangerschaften und 3 Mio. unsicheren Schwangerschaftsabbrüche
- Prävention von 2 Mio. sexuell übertragbaren Krankheiten und 200.000 HIV-Infektionen durch Kondome.

Beitrag für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) erhöhen

- 14,4 Mio. Euro sind im Haushaltsentwurf 2026 eingestellt, eine Kürzung von 600.000 Euro im Vergleich zu 2025.
- IPPF ist ein Dachverband mit rund 150 unabhängigen Mitgliederorganisationen, die sich in mehr als 140 Ländern für SRGR einsetzen. IPPF arbeitet in globalen und lokalen Netzwerken.
- Die US-Kürzungen machen sich bei IPPF bereits bemerkbar: 156 Gesundheitsprojekte, 1.737 Arbeitsplätze, 3.961 Gesundheitseinrichtungen sind gefährdet – 8,5 Mio. Menschen könnten den Zugang zu lebenswichtigen SRGR-Dienstleistungen verlieren.

Aufstockung für die Global Financing Facility (GFF)

- Dieses Jahr findet die Wiederauffüllung der GFF statt.
- Erster *Pledgingmoment* bei den World Bank Spring Meetings (13. – 18. April 2026). Die Bundesregierung wird den deutschen Beitrag in Höhe von 45 Millionen Euro (für 2026 und 2027) verkünden.
- Dies entspricht einer Kürzung von 5 Millionen Euro
- Zentrales Finanzierungsinstrument zur Bekämpfung von Mütter- und Kindersterblichkeit.
- Ergebnisse: 164 Mio. sichere Geburten, 339 Mio. verhinderte unbeabsichtigte Schwangerschaften und 132 Mio. Schwangere nahmen mind. vier Vorsorgeuntersuchungen wahr.

In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fordert die DSW:

Mindestens 100 Mio. Euro für bilaterale SRGR-Maßnahmen im Rahmen der BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und reproduktive Gesundheit für alle“ bereitstellen

- Zwischen 2011 und 2022 wurden durchschnittlich 100 Mio. bereitgestellt. Seit 2023 werden teilweise auch multilaterale Beiträge angerechnet. Die BMZ-Initiative wurde bis 2025 verlängert.
- DSW-Forderung: Engagement auch über 2025 hinaus verstätigen und 100 Mio. Euro jährlich für bilaterale SRGR-Maßnahmen bereitstellen.

Investitionen in Projekte und Programme zur Gleichstellung der Geschlechter erhöhen

- BMZ-Ziel bis 2025: 93 % der neu zugesagten BMZ-Projektmittel sollen Geschlechtergerechtigkeit fördern (Nebenziel=GG1: 85 %, GG2 = Hauptziel: 8 %); in 2023 nur 55 % (GG1) und nur 3,5 % GG2). Es besteht Nachholbedarf.
- DSW Forderung: innerhalb von fünf Jahren sollten mind. 20 % aller BMZ-Projekte Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verfolgen.
- Feministische Fonds stärken, die direkt für Organisationen im Globalen Süden zugänglich sind (z.B. Equality Fund etc.).